

Momentum 08

Track #2, Steuer und Transfereerechtigkeit

Arbeit oder Kapital,

ist die Funktionale Einkommensverteilung überhaupt von Bedeutung?

ARBEIT ODER KAPITAL, IST DIE FUNKTIONALE EINKOMMENSVERTEILUNG Ü- BERHAUPT VON BEDEUTUNG?

Autor: Sepp Zuckerstätter* **

Mitarbeiter. der AK Wien*** Abt WW

Abstract:

Im Rahmen des Beitrags soll untersucht werden ob die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital eine politisch relevante Dimension aufweist, oder ob sie aufgrund der verschwimmenden Grenzen zwischen ArbeitnehmerInnen, UnternehmerInnen und Rentiers irrelevant geworden ist.

Dabei wird anhand der Darstellung der funktionalen Verteilung in Form von Lohnquoten untersucht ob diese auch eine Annäherung an personelle Einkommensverteilungen zwischen Personengruppen darstellen, und ob die Einkommensarten unterschiedliche Auswirkungen auf die personelle Einkommensverteilung haben. . Es kann sowohl eine Auswirkung eines höheren Lohnanteils auf gleichere personelle Einkommensverteilung festgestellt werden, als auch eine relativ klare Trennung der Gruppen die diese Einkommen beziehen. Durch die Änderungen der Steuerbelastungen für die beiden Einkommensarten wird die Tendenz der fallenden Lohnquote zudem verschärft.

* Ich möchte mich bei Günther Chaloupek, Ruth Naderer und Reinhold Russinger, und für viele wichtige Anmerkungen bedanken, sowie bei meinen KollegInnen aus der Abteilung Wirtschaftswissenschaft für interessante Diskussionen, alle Fehler und Unstimmigkeiten sind allerdings von mir verursacht.

** Kontakt: Sepp.Zuckerstaetter@akwien.at, Anregungen und Kritik sind herzlich willkommen

*** Diese Papier stellt die persönlichen Ansichten des Autors dar. Die hier vertretenen Ansichten müssen nicht notwendigerweise mit Positionen oder Meinungen der AK übereinstimmen.

Was ist und was sagt die Lohnquote

Hier soll kurz die empirische Basis der funktionalen Verteilungsdebatte dargestellt werden, um die größten Irrtümer zu vermeiden. Behauptungen, die sich bei genauerer empirischer Betrachtung verifizieren oder falsifizieren lassen, werden zuerst behandelt.

Die gängigen Maßzahlen für die funktionale Verteilung sind die bereinigten und unbereinigten Lohnquoten. Erstere stellt den Anteil der Lohneinkommen an einem „geeignet gewähltem“ Maß des Gesamteinkommens dar. Letztere stellt den Anteil des Lohnes pro unselbständig Erwerbstätigen am gewählten Gesamteinkommensmaß je gesamt Erwerbstätigen (selbständig und unselbständig) dar. Der Grund für diese allgemeine Formulierung des Einkommensmaßes liegt in der Tatsache, dass in der Debatte unterschiedliche Maße verwendet werden.

Brutto-, Nettoprodukt, Marktpreise, Faktorkosten Inlands oder Inländerkonzept?

Die AMECO Datenbank der EU weist nur bereinigte Lohnquoten aus, wobei auf das Problem der Bereinigung noch kurz einzugehen ist. Dabei verwendet sie einerseits für die Reihe (ALCD0) das **Bruttoinlandsprodukt** zu **Marktpreisen** als Einkommensbezugsgröße, andererseits für die Reihe (ALCD2) das Bruttoinlandsprodukt zu **Faktorkosten**. Die beiden Reihen unterscheiden sich durch die indirekten Steuern, die im BIP zu Marktpreisen enthalten sind, nicht jedoch im BIP zu Faktorkosten.

Die Lohnquote nach letzterem Konzept ist im Mittel um ca. 7% Punkte höher als nach dem ersten. Der Unterschied je nach Land betrug im Jahr 2008 zwischen 5% Punkten in den USA und 10% Punkten in Schweden und schwankt auch im Zeitverlauf. So betrug die Differenz in Österreich 1970 ca. 10% Punkte, 2008 nur mehr ca. 6% Punkte. Es ist zwar in wissenschaftlichen Arbeiten klar, dass stets dasselbe Konzept verwendet werden soll, in den politischen Debatten führt die Verwendung unterschiedlicher Zahlen allerdings schnell zu unproduktiven Auseinandersetzungen.

Die von der EU verwendeten Quoten sind insofern keine echten Quoten, als sich die Lohnquote und die Gewinnquote nicht zu 100% summieren, ein Punkte der leicht zu Missverständnissen führt.

In der österreichischen Verteilungsdebatte wird daher, zumindest von der AK, die unbereinigte Lohnquote als Anteil der Löhne am **Nettoinlandsprodukt** zu **Faktorkosten** gemessen. Der Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten liegt in der Berücksichtigung der Abschreibungen, die bei letzterem Konzept abgezogen werden. Dadurch ergibt sich eine am Nettoprodukt gemessene Lohnquote, die um ca. 10-12% höher ist als der Lohnanteil am Bruttoinlandsprodukt.

Wissenschaftlich trivial, aber in Mediendebatten mühsam ist das Faktum, dass die unbereinigte Lohnquote gemessen am Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten, wie sie in Österreich verwendet wird, mehr oder weniger zufällig fast dieselbe Größenordnung aufweist wie die bereinigte Lohnquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt gemessen zu Faktorkosten der EU. (Für 2005 65% vs 63,5%). Dadurch kommt es zu stetigen Verwirrungen in der Diskussion.

Die Lohnquote auf Basis des Nettoinlandsproduktes stellt tatsächlich die Anteile der einzelnen Faktoreinkommen am gesamten im Inland erzielten Faktoreinkommen¹ dar.

In früheren Publikation wird auch das sog Volkseinkommen (**Nettonationaleinkommen** zu Faktorkosten) verwendet, welches sich durch die Zurechnung der Löhne und Gewinne nach der Nationalität des Beziehers und nicht nach dem ökonomischen Entstehungsort der Einkommen richtet (Inländerkonzept). So wurden etwa ausländische Gewinne österreichischer Unternehmen in dieser Rechnung Österreich zugerechnet, während sie beim heute üblichen Inlandskonzept dem Land der Entstehung zugerechnet werden. Die Diffe-

¹ Neben den Faktoreinkommen, also jenen Einkommen, die für Beiträge zur Produktion geleistet werden, gibt es noch die Große Gruppe der Transfereinkommen, die als Umverteilungsströme hier nicht berücksichtigt sind.

renz zwischen den beiden Konzepten besteht im Saldo der aus dem Ausland erhaltenen und der an das Ausland gezahlten Faktoreinkommen. Diese ist mit -0,8% des Bruttoinlandsprodukts 2007 und einem Höchstwert von -2,3% im Jahr 2000 in Österreich vernachlässigbar, nicht jedoch in allen Ländern. In Irland etwa betrug der Anteil ausländischen Faktoreinkommens am BIP fast 15%.

Unabhängig von der Größenordnung kann festgehalten werden, dass alleine aufgrund der durchgängigen Verwendung des Inlandskonzepts sowohl bei den EU-Daten als auch bei den österreichischen Daten, die Auslandsgewinne österreichischer Unternehmen keinen Einfluss auf die Berechnung der Lohnquote haben. Damit ist keineswegs ausgeschlossen, dass es einen ökonomischen Zusammenhang gibt.

Imputierte Mieten

Ein weiterer Einwand, der gegen die Behauptung einer Verschlechterung der Verteilungsposition der unselbständig Erwerbstätigen vorgebracht wird, ist, dass dies auf die sog. imputierten Mieten zurückzuführen wäre. Diese imputierten Mieten stellen den Gegenwert von eigengenutztem Wohnraum dar, der aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit in der VGR der Produktionsleistung einer Volkswirtschaft zugerechnet werden muss.

Um den Fall der Lohnquote durch einen Anstieg von unselbständig Beschäftigten selbst genutzten Eigentumsheime zu erklären, müsste diese Position überproportional gewachsen sein. Angesichts eines Anteils der imputierten Mieten am BIP von ca. 2% bzw. 3,2% am Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten ist es unmöglich, den Rückgang der unbereinigten Lohnquote (nach österreichischer Rechnung) von über 6% aus dieser Position zu erklären.

In Chaloupek et al. (Chaloupek et al. 2008) wird zudem darauf hingewiesen, dass der Anstieg der imputierten Mieten jenem der selbständigen Einkommen entsprach. Selbst unter der unrealistischen Annahme, dass diese Position ausschließlich Unselbständigen zugute kommt, wäre also maximal ein dämpfender Effekt auf die verschlechterte Verteilungsposition der Lohnabhängigen von den imputierten Mieten ausgegangen.

Bereinigt oder unbereinigt, die Änderungen der Erwerbstätigkeit.

Ein Problem der Interpretation der Lohnquoten als Maß der Verteilung von Einkommen auf Personengruppen oder Klassen ist, dass sich die Aufteilung der Erwerbstätigen auf Selbständige und Unselbständige mit der Zeit verändert. So war vor allem die Nachkriegszeit bis Mitte der siebziger Jahre von einem starken Rückgang der Selbständigen in der Landwirtschaft gekennzeichnet, die zu einem großen Teil unselbständige Tätigkeiten aufnahmen.

Dieser Wechsel von selbständigen Bauern in die Industrie führte dazu, dass die unbereinigte Lohnquote als der Anteil der Lohneinkommen am Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten deutlich zunahm. Einkommen, die ursprünglich praktisch als „kalkulatorische Unternehmerlöhne“ bei den selbständig Beschäftigten vor allem in der Landwirtschaft enthalten waren, allerdings nie als solche getrennt in der VGR erfasst wurden, erhöhten nun die getrennt erfasste Lohnsumme der unselbständige Beschäftigten.

Um diesen Effekt auszuschließen kann man bei der Berechnung der Lohnquote die Opportunitätslöhne der Selbständigen schätzen und der Lohnsumme zurechnen. Anschließend werden nur die den Opportunitätslohn übersteigenden Einkommen den Unternehmenseinkommen zugerechnet.

Die übliche und auch von der EU verwendete Methode ist anzunehmen, dass der mittlere Unternehmerlohn dem Durchschnittslohn der Unselbständigen entspricht. Unter dieser Annahme wird dann der Lohnanteil in der Volkswirtschaft entsprechend erhöht². (Zur Problematik dieser Methode vergl. (Bayer 1981))

² Alternativ kann auch ein Index gebildet werden, bei dem die relative Struktur der Beschäftigten gleich gehalten wird. Diese Berechnung unterscheidet sich von der hier angegebenen nur durch die Indexierung des Beschäftigterterms auf ein Basisjahr. Auf diese Form der Berechnung wird hier nicht eingegangen.

Dabei darf neben der Frage, ob diese Annahme empirisch gültig ist, der Wechsel der verteilungspolitischen Aussage nicht übersehen werden. Zeigt die unbereinigte Lohnquote jenen Anteil am Gesamteinkommen, der unter dem Vertragsverhältnis der Lohnarbeit ausgezahlt wird, so zeigt die bereinigte Lohnquote den Anteil am Einkommen, der auf den Einsatz von Arbeitskraft zurückgeführt werden kann, unabhängig vom gesellschaftlichen Verhältnis, in dem dieses Einkommen erzielt wird.

Um die Effekte der Bereinigung darzustellen ist es sinnvoll, die Formel für die Berechnung der bereinigten Lohnquote anzuführen. Wobei folgende Variablen verwendet werden.

- L_U Summe der Arbeitnehmerentgelte bzw. Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- Y_n Gesamteinkommen/Output je nach Konzept zu Marktpreisen, Faktorkosten, Brutto oder Netto gemessen nominell
- E_U Anzahl der unselbständig Beschäftigten
- E_s Anzahl der selbständig Beschäftigten
- E_+ = $E_U + E_s$ Anzahl der Erwerbstätigen

$$LQ_3 = \frac{L_U}{Y_n} = \frac{L_U * E}{Y_n * E_U}$$

Anders formuliert entspricht diese Art der Zurechnung der Unternehmerlöhne der Annahme, dass die Produktivität selbständiger und unselbständig Erwerbstätiger gleich ist.

Der Rückgang der Lohnquote wird nun häufig mit dem Anstieg der selbständig Beschäftigung praktisch spiegelverkehrt zur Entwicklung der siebziger Jahre begründet. Dieser Effekt ist auch eingetreten, allerdings reichte der Anstieg nicht aus, um den Rückgang des ersten zu kompensieren. Wie aus dem Verlauf der bereinigten Lohnquote zu erkennen ist.



Grafik 1 bereinigte und unbereinigte Lohnquote für Österreich

Kein rein statistischer Effekt der Teilzeit

In diesem Zusammenhang wurde auch behauptet, dass der Anstieg der Teilzeit rein statistisch zu einer fallenden Lohnquote geführt hat. Ersetzt man in der Berechnungsformel die Erwerbstätigen und die Unselbständigen durch die jeweiligen Vollzeitäquivalente, so ist relativ offensichtlich, warum eine Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung statistisch kaum einen Einfluss auf die Lohnquote hat.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit wirkt sich nämlich parallel auf das BIP pro Erwerbstätigen und auf die Lohnsumme pro unselbständig Beschäftigten aus.

Berechnet man die bereinigte Lohnquote mit Vollzeitäquivalenten statt mit Kopffzahlen so erhält man in dem Ausmaß, in dem das Vollzeitausmaß über der Arbeitszeit der Unselbständigen liegt, einen höheren Lohn pro Einheit, gleichzeitig erhöht sich aber auch das Einkommen bzw. der Output pro Einheit um jenes Maß indem das Vollzeitausmaß aller Erwerbstätigen über der mittleren Arbeitszeit liegt.

Eine Änderung der bereinigten Lohnquote tritt bei dieser Berechnung also nur in dem Maße auf, in dem sich die Arbeitszeit der unselbständig Erwerbstätigen anders entwickelt als die durchschnittliche Arbeitszeit **aller** Erwerbstätigen.

Angesichts eines Anteils der selbständig Erwerbstätigen an den Gesamterwerbstätigen von 10 bis 20% geht jeder Anstieg der Arbeitszeiten der Selbständigen im Vergleich zu den Unselbständigen nur mit einem Faktor von 10 bis 20 Prozent in die bereinigte Lohnquote ein. Der statistische Effekt der Teilzeit ist daher keine Erklärung für den Rückgang der bereinigten Lohnquote.³

Das darf aber keinesfalls verwechselt werden mit tatsächlichen ökonomischen Effekten einer zunehmenden Teilzeit. Solange die Teilzeitbeschäftigung auch auf Stundenbasis schlechter entlohnt ist als Vollzeitbeschäftigung hat dies natürlich einen Einfluss auf die Lohnquote, was analytisch notwendig ist. Schließlich soll diese Kennzahl ja fallende oder steigende Lohnanteile am Gesamteinkommen abbilden.

Fazit 1 Trotz aller Statistischen Unsicherheiten, die Lohnquote fällt.

Trotz aller Schwierigkeiten bei der Berechnung von Lohnquoten kann man für die letzten beiden Jahrzehnte feststellen, dass statistische Effekte ohne ökonomische Bedeutung aufgrund eines Anstiegs der Selbständigkeit, der Teilzeit oder der imputierten Mieten den Rückgang der Lohnquoten nicht erklären können. Sowohl der Anteil der durch Arbeit erzielten Einkommen, wie ihn die bereinigte Lohnquote abbildet, als auch der Einkommensanteil, der im Rahmen von Lohnarbeitsverhältnissen ausbezahlt wird, wie in die unbereinigte Lohnquote erfasst, weist eine fallende Tendenz auf.

Ist die Funktionale Verteilung eine Annäherung an die personelle Verteilung?

In aktuellen Debatten zur Verteilungspolitik sowie zur Armutsbekämpfung wird von der Verteilung des Einkommens auf Individuen ausgegangen. Sowohl die Grundeinkommensdebatte als Beispiel für die Verteilungsdebatte im unteren Einkommensbereich als auch die Debatte über Managereinkommen am anderen Ende der Verteilung ist geprägt von Bildern von Individuen, die es dann jeweils zu unterstützen oder zu besteuern gilt.

Spinnt man diese individuenbasierte Sicht weiter, so erscheint die politisch relevante Verteilungsfrage jene zwischen Oben und Unten zu sein. Die funktionale Einkommensverteilung also die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital hat in diesem Rahmen nur unter zwei Voraussetzungen Bedeutung nämlich wenn,

- 1) LohneinkommensbezieherInnen kaum Kapitaleinkommen beziehen und Kapital-/UnternehmenseinkommensbezieherInnen kaum Arbeitsentgelte, dann geht es bei der funktionalen

³ Die Bereinigung um unterschiedliche Arbeitszeiten von selbständigen und unselbständigen wirft das Problem der Zeiterfassung von Selbständigen auf. Da Arbeitszeiten in diesem Bereich nicht als Grundlage einer Einkommensberechnung dienen werden sie logischerweise nicht in der selben Form abgegrenzt und erhoben wie bei Unselbständigen. Für Bedenken and den Zeitbereinigten Reihen vergl. (Chaloupek et al 2008)

Einkommensverteilung um eine Verteilung von Einkommen zwischen zwei unterscheidbaren Gruppen bzw. Klassen.

- 2) Oder wenn die Verteilung von Kapitaleinkommen ungleicher (gleicher) ist als die Verteilung von Lohneinkommen und beide positiv korreliert sind, denn dann bewirkt eine Erhöhung der jeweils ungleicheren Einkommenskategorie auch eine steigende Ungleichheit der Gesamteinkommen. Die funktionale Verteilung ist dann auch für die personelle Verteilung relevant.

In anderen Fällen kann aus einer Erhöhung oder Verringerung der Lohn/Gewinnquote nicht direkt auf die personelle Verteilung geschlossen werden. Das oft gehörte Argument in diesem Zusammenhang ist einerseits, dass angesichts der zunehmenden Flexibilität sich Menschen in ständigem Wechsel von unselbständigen zu selbständigen Erwerbsformen befinden und andererseits, dass auch ArbeitnehmerInnen inzwischen über beträchtliche Kapitaleinkommen verfügen.

Anhand der EU SILK Daten für Österreich soll daher die Frage untersucht werden, ob die Einkommen von Individuen eindeutig mit ihrem deklarierten Status als Selbständige und Unselbständige korrespondieren.

Aufteilung der Faktoreinkommen nach Gruppen von Erwerbstätigen

Die Aufteilung der Haushalts Faktor Einkommen ist in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1 Aufteilung der persönlichen Faktoreinkommen (Brutto und Netto

	Brutto		Netto	
Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit Jahresbetrag	86,8%	86,8%	85,2%	85,2%
Einkommen aus selbständiger Tätigkeit - Brutto- Jahresbetrag	11,0%	13,2%	11,9%	14,7%
Anteilige Haushaltskapitaleinkommen brutto	2,2%		2,8%	

Q: Eigene Berechnungen, STATISTIK AUSRIA; EU SILK Mikrodatensatz 2006.

Ein direkter Vergleich der Einkommensverteilung nach den Individualdaten aus der EU SILC Erhebung mit Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist aufgrund unterschiedlicher Konzepte nicht möglich. Hier sei nur auf die Tatsache hingewiesen, dass die Einkommen aus Besitz und Unternehmen in der VGR zu einem großen Teil dem Sektor der finanziellen und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zugerechnet werden und somit in einer Erfassung der Haushalteseinkommen gar nicht auftauchen können.⁴

Die Unterscheidung in Brutto und Nettoeinkommen⁵ erfolgt in Tabelle 1 nur um zu zeigen, dass sie kaum einen Einfluss auf die Aussage nimmt. Der Schluss auf unterschiedliche Steuerbelastungen einzelnen Faktoreinkommen liegt zwar nahe, kann aufgrund der unklaren Qualität der einzelnen Auskunfts-kategorien aus diesen Daten nicht geschlossen werden.

Es zeigt sich, dass von allen von Personen in Haushalten erzielten Faktoreinkommen 86,8% (85,2%) auf Lohneinkommen und 13,2% (14,7%) auf Gewinn und Besitzeinkommen entfallen.

Es stellt sich die Frage, wie diese Relation aussieht, wenn man anstelle der Aufteilung der Einkommensbestandteile eine Aufteilung der Einkommen nach dem Erwerbstatus der Einkommensempfänger vornimmt.

⁴ Eine Darstellung der Problematik der Vergleiche zwischen SILK und anderen Datenquellen findet sich in EINKOMMEN, ARMUT UND LEBENSBEDINGUNGEN, E r g e b n i s s e a u s E U - S I L C 2 0 0 6, Statistik Austria Wien 2008. S 80 ff

⁵ Im Rahmen dieser Arbeit wird nur die sogenannte Primärverteilung untersucht, ein Eingehen auf unterschiedliche Steuerbelastungen würde auch das Einbeziehen von Transfereinkommen erfordern. Der Effekt staatlicher Umverteilung kann nur insgesamt beurteilt werden wie am Beispiel der Familienbeihilfe (Transfer) und des Familienabsetzbetrags (Steuerminderung) gut erkennbar ist.

Dazu wurden auf Basis der EU SILK Mikrodaten aus den in der EU SILK erhobenen Hauptaktivitäten über die Monate Obergruppen gebildet. Wobei der Status arbeitslos und unselbständig sowie einige andere zusammengefasst wurden (siehe 0). Ausschließlich in einem Status befindlich wurden all jene klassifiziert, die sich 12 Monate in diesem Status befanden, als überwiegend in einem Status all jene, die mehr als 6 Monate in diesem Status waren.

Die Kapitaleinkommen werden in der EU SILK nur auf Haushaltsebene erfasst, die Zurechnung auf Personen erfolgt gleich an alle Haushaltsmitglieder über 16, da diesen auch andere Einkommen zugerechnet werden. Durch diese Zurechnung kommt es zu einer Verzerrung der Kapitaleinkommensanteile hin zu Personen, die out of Labour force (SchülerInnen, StudentenInnen, Haushaltsführende, PensionistInnen).

Tabelle 2 Aufteilung der Faktoreinkommen nach Erwerbsstatus

Dominierender Status	Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit - Brutto-Jahresbetrag	Einkommen aus selbständiger Tätigkeit - Brutto-Jahresbetrag	Anteilige Haushaltskapitaleinkommen brutto	
ausschließlich keine Angabe	0,0%	0,0%	0,0%	0,3%
kein dominierender Status	0,2%	0,0%	0,0%	
ausschließlich unselbständig	82,0%	0,5%	0,9%	85,2%
überwiegend unselbständig	1,7%	0,1%	0,0%	
ausschließlich selbständig	1,1%	9,8%	0,3%	11,5%
überwiegend selbständig	0,1%	0,2%	0,0%	
ausschließlich out of Labour force	0,8%	0,4%	1,0%	3,0%
überwiegend out of Labour force	0,8%	0,0%	0,0%	
Insgesamt	86,8%	11,0%	2,2%	100,0%

Q: Eigene Berechnungen, EU SILC Mikrodatsatz 2006.

Es zeigt sich, dass der Anteil jener Personen, die überwiegend oder ausschließlich unselbständig erwerbstätig tätig waren, am Gesamteinkommen wiederum ca 85% beträgt und fast ausschließlich aus Lohneinkommen besteht - sich also kaum von der Lohnquote unterscheidet.

Bei jenen, die ausschließlich oder überwiegend selbständig beschäftigt waren, ist der Anteil am Bruttofaktoreinkommen, der aus Unternehmens und Kapitaleinkünften stammt, etwas geringer, wobei dieser Anteil vor allem Personen, die out of Labour Force sind, zugute kommt. Dabei handelt es sich auch um jene Personen, denen wie oben erwähnt Haushaltskapitaleinkommen lediglich zugerechnet werden.

Als Gegengewicht zu den von Unselbständigen bezogenen Besitz und Unternehmenseinkommen stehen auch die von Selbständigen bezogenen Lohn und Gehaltseinkommen, wodurch sich die Aufteilungen nach den Konzepten zudem angleichen.

Man kann festhalten, dass Lohneinkommen überwiegend an Unselbständige und Besitz und Kapitaleinkommen überwiegend an Selbständige gehen.

Überwiegend Unselbständige beziehen 97% der Lohneinkommen Selbständige beziehen 78% der Einkommen aus Besitz und Unternehmen.

Fazit 2 ArbeitnehmerInnen beziehen Lohneinkommen, UnternehmerInnen Besitz und Gewinneinkommen. Die funktionale Einkommensverteilung hat also eine deutliche Implikation für die personelle Einkommensverteilung. Die jeweiligen Einkommensbestandteile gehen in weit überwiegenden Teilen an die entsprechenden

Gruppen der Bevölkerung. Arbeitseinkommen gehen an Arbeiter und Selbständigeneinkommen an Selbständige, die Überschneidungen sind minimal.

Aufteilung der Faktoreinkommen nach Höhe der Haushaltseinkommen.

Man kann nun die zweite Frage analysieren, ob sich die unterschiedlichen Faktoreinkommensbestandteile gemessen am Gesamteinkommen unterschiedlich verteilen. Tabelle 3 zeigt die Anteile an den jeweiligen Faktoreinkommenskategorien nach 5% Intervallen des Haushaltseinkommens.

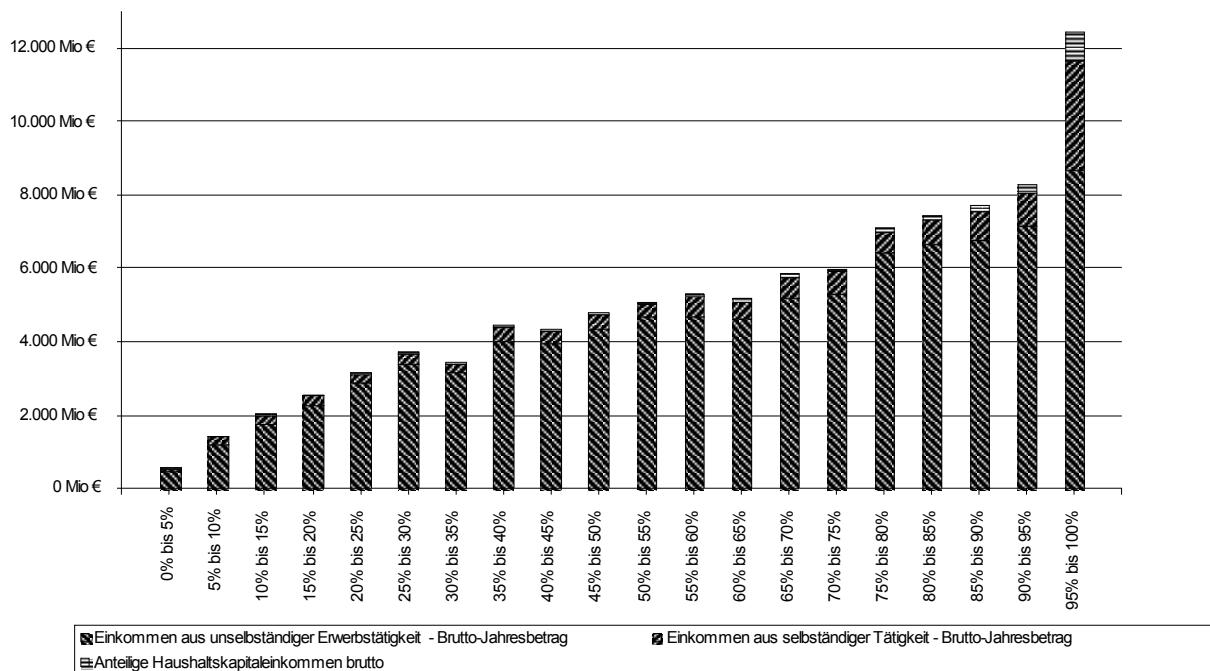
Tabelle 3 Aufteilung der persönlichen Faktoreinkommen nach Haushaltseinkommen

	Anteile der Personen in den jeweiligen Haushalten am... jeweils brutto			
	Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit	Einkommen aus selbständiger Tätigkeit -	anteiligen Haushaltskapitaleinkommen	Gesamten persönliches Faktoreinkommen
0% bis 5%	0,5%	0,8%	1,1%	0,6%
5% bis 10%	1,4%	1,9%	0,9%	1,4%
10% bis 15%	2,0%	2,0%	0,9%	2,0%
15% bis 20%	2,6%	2,4%	1,2%	2,5%
20% bis 25%	3,3%	2,0%	2,5%	3,1%
25% bis 30%	3,9%	2,5%	2,6%	3,7%
30% bis 35%	3,6%	1,9%	1,6%	3,4%
35% bis 40%	4,6%	3,9%	1,9%	4,4%
40% bis 45%	4,5%	3,2%	3,6%	4,3%
45% bis 50%	4,9%	3,7%	3,0%	4,8%
50% bis 55%	5,4%	2,9%	1,9%	5,0%
55% bis 60%	5,4%	4,7%	3,1%	5,2%
60% bis 65%	5,3%	3,9%	4,7%	5,1%
65% bis 70%	5,9%	5,1%	4,1%	5,8%
70% bis 75%	6,0%	5,8%	3,7%	5,9%
75% bis 80%	7,3%	5,3%	5,2%	7,0%
80% bis 85%	7,6%	5,8%	5,7%	7,4%
85% bis 90%	7,7%	7,0%	7,2%	7,6%
90% bis 95%	8,1%	8,4%	9,7%	8,2%
95% bis 100%	9,9%	26,8%	35,3%	12,3%
	Anteil am gesamten persönlichen Faktoreinkommen			
	86,8%	11,0%	2,2%	100,0%

Q: Eigene Berechnungen, EU SILC Mikrodatsatz 2006.

Es zeigt sich, dass alle Einkommensarten überproportional an die oberen Haushalte gehen, allerdings ist diese Tendenz bei Kapitaleinkommen und selbständigen Einkommen deutlich stärker ausgeprägt, wobei ein Großteil Personen im letzten 5% Intervall der Haushaltseinkommensverteilung zugute kommt.(vergl. Grafik 2)

Persönliche Faktoreinkommen nach 5% Intervallen des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens



Grafik 2 Persönliche Faktoreinkommen nach Höhe des Haushaltseinkommens

Eine Erhöhung der Lohnquote zulasten der Kapital- und Selbständigeneinkommen würde zu einer gleicheren Einkommensverteilung führen⁶. Die Lohnquote weist nach wie vor einen positiven Zusammenhang mit der Gleichheit der Einkommensverteilung auf.

Dazu kommt, dass Vermögenseinkommen unterrepräsentiert sind, und da Vermögen sich noch stärker konzentrieren als Einkommen, diese Untererfassung der obersten Gruppen zu einer Untererfassung von Überproportionalen Einkommensbestandteilen führt. Für Deutschland zeigen Studien u.a. (Frik, Grabka, 2008), dass sich mehr als 50% des Gesamtvermögens in den Händen der obersten 10% der Vermögensbesitzer befindet

In einer Untersuchung zur funktionalen und persönlichen Einkommensverteilung zeigen Daniele Checchi und Cecilia Peñalosa (Checchi, Peñalosa 2005) in einem umfassendem Makromodell auch den Zusammenhang von Lohnquote und personeller Einkommensgleichheit, wobei sie im den empirischen Teil einen deutlich positiven Zusammenhang feststellen.

Fazit 3 Lohneinkommen sind gleichmäßiger verteilt als Gewinneinkommen und kommen in höherem Ausmaß den NiedrigeinkommensbezieherInnen zu Gute.

Die funktionale Steuerbelastung

In Bezug auf Steuerdebatten ist auf Basis der obigen Daten zur Verteilung der Einkommen festzustellen, dass die empirische Evidenz zu den Verteilungswirkungen von Abgaben auf Arbeit bzw. auf Vermögen und Vermögenseinkommen relativ eindeutig ist.

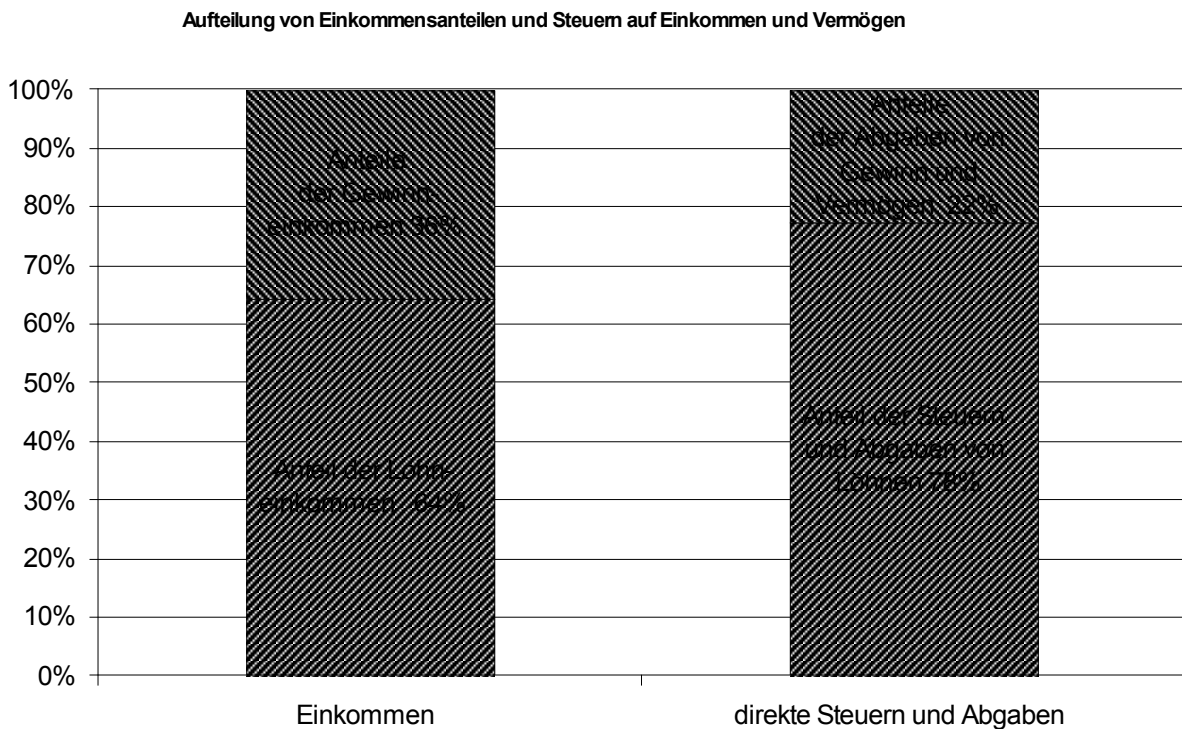
Auch wenn die konkrete Ausgestaltung der Steuer natürlich eine wesentliche Rolle spielt, kann man dennoch festhalten, dass Steuern auf Vermögen und Kapitaleinkommen ceteris paribus die

⁶ Die genaue Bedingung findet sich in Anhang 2 Bedingung für einen Rückgang der Varianz der Gesamteinkommen bei steigender Lohnquote.

Einkommensverteilung gleicher machen, während Steuern auf Arbeitseinkommen zu ungleicherer Verteilung führen.

Da wie oben festgestellt die jeweiligen Gruppen von EinkommensbezieherInnen relativ gut trennbar sind, ist es auch nicht verwunderlich, dass in Auseinandersetzungen über Steuerreformen die Frage, auf welcher Basis sie eingehoben werden, eine große Rolle spielt.

Betrachtet man die Steuern auf Gewinn und Unternehmenseinkommen einschließlich der Steuern auf Gewinne von Kapitalgesellschaften und die Steuern auf Grund und Vermögen einerseits sowie die Steuern und Abgaben auf Löhne andererseits und stellt diese den Einkommensanteilen aus der VGR gegenüber, so fällt eine überproportionale Belastung der Lohneinkommen auf.



Grafik 3: Einkommensanteile und Anteile an den direkten Steuern 2006

Würde man die indirekten Steuern auf Konsum, die ebenfalls ca. ein Drittel des Steueraufkommens ausmachen, entsprechend der Bevölkerungsanteile aufteilen, so würde sich das Bild weiter verschärfen.

Zudem zeigte sich für Österreich seit 2000 eine im Vergleich zu Arbeitseinkommen überproportionale Steigerung der Abgaben auf Arbeit. Diese ist neben den Änderungen im Steuerrecht wie der Reform der KÖSt, auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Lohnsteuer aufgrund der relativ starken Progression im unteren Einkommensbereich eine überproportionale Dynamik aufweist. Die Körperschaftssteuer oder die KEST wachsen nur proportional mit der Bemessungsgrundlage.

Aus Sicht der funktionalen Einkommensverteilung geht die Steuer und Abgabenbelastung überwiegend zu lasten von Arbeitseinkommen. Dennoch ist anzumerken, dass die damit finanzierten Transfers und öffentlichen Leistungen einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung von Ungleichheit leisten. Die Forderung nach Senkung der Abgabenbelastung für Arbeitseinkommen sollte daher aus verteilungspolitischer Sicht von Vorschlägen zur Finanzierung des Einnahmenausfalls begleitet werden. In der politischen Debatte sind etwa stärkere Besteuerung von Vermögen, die Umstellung von Sozialabgaben auf eine Bemessung an der Wertschöpfung sowie die Ökologisierung des Steuersystems vorgeschlagen worden.

Die dargestellte Dynamik von sinkenden Lohnanteilen am Gesamteinkommen und steigenden Abgabenbelastungen für Arbeitseinkommen weist auf ein Problem in Hinsicht auf die politische Gestaltung der Einkommensverteilung hin.

Sofern die Ursache für sinkende Lohnanteile in einem Machtverlust der ArbeitnehmerInnen begründet liegt, welcher sowohl durch die Außenhandelsöffnung aber auch durch technischen Fortschritt oder eine gezielte Politik der Schwächung von Institutionen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen bewirkt sein kann, ist es sehr wahrscheinlich, dass diese Maßnahmen auch die politische Fähigkeit der ArbeitnehmerInnen beeinträchtigen, ihre Forderungen in Hinblick auf die staatliche Einnahmenstruktur durchzusetzen.

So sind jene Faktoren, die zu Lohnsenkungsdruck im sogenannten Standortwettbewerb wirken die selben, die auch den Steuerwettbewerb der Staaten bei den Unternehmenssteuern bewirken. Diese Kombination aus Verlusten bei der Verteilung der Einkommen und Verlusten bei der Verteilung politischer Macht kann zu einer potentiell gefährlichen Destabilisierung politischer Gleichgewichte führen.

Fazit 4 Die Verschlechterung der Verteilungsposition von ArbeitnehmerInnen wird durch Verschiebungen in der Abgabenbelastung eher verschärft als gemildert. Beide Entwicklungen sind potentiell Folgen der selben Entwicklungen.

Zusammenfassung

In Bezug auf die funktionale Verteilung muss eine Verschlechterung der relativen Verteilungsposition der ArbeitnehmerInnen festgestellt werden. Diese ist sowohl aufgrund ihrer Auswirkungen auf die personelle Verteilung, die damit ebenfalls ungleicher wird, als auch als Maß für den Einkommensanteil einer relativ klar abgegrenzten Gruppe der Bevölkerung politisch relevant.

Da eine Vermischung von Einkommensquellen auf individueller Ebene kaum feststellbar ist, hat diese Entwicklung der funktionalen Verteilung nach wie vor politische Bedeutung.

Literatur:

(Bayer 1981) Bayer, Kurt, Funktionelle Einkommensverteilung in Österreich 1954 bis 1979, in: Suppanz, Hannes; Wagner, Michael (Hrsg.), Einkommensverteilung in Österreich (München Wien 1981), 29-79

(Chaloupek et al. 2008), Günther Chaloupek, Reinhold Russinger, Josef Zuckerstätter, "Strukturveränderungen und funktionale Einkommensverteilung in Österreich", In Wirtschaft und Gesellschaft, 34. Jg (2008), Heft 1, Wien

(Checchi, Peñalosa 2005), Cecilia García Peñalosa, Daniele Checchi, „Labour Market Institutions and the Personal Distribution of Income in the OECD“, IZA Discussion Paper No. 1681 <http://ftp.iza.org/dp1681.pdf>

(EU Kommission,2008) Economic and Financial Affairs, AMECO Database, List of Variables, http://ec.europa.eu/economy_finance/indicators/annual_macro_economic_database/list_of_variables.pdf

(Frik, Grabka, 2008) Joachim R. Frick , Markus M. Grabka, „Erkenntnisse und Probleme der Vermögensforschung mit einem speziellen Fokus auf Deutschland“, Vortragsmanuskript zur Tagung „Dimensionen der Ungleichheit“ AK, OENB Wien 9/2008 <http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d75/OENBPräsentation7.pdf>

(Statistik Austria 2008a), Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC 2006, http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/gd/documents/stdok/031100.pdf

(Statistik Austria 2008b) EINKOMMEN, ARMUT UND LEBENSBEDINGUNGEN, Ergebnisse aus EU-SILC 2006, Statistik Austria Wien 2008 Downloadlink unter: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/haushalts-einkommen/publdetail?id=151&listid=151&detail=459

(Statistik Austria 2008c) Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung VGR – Jahresrechnung, Statistik Austria Wien 2008 http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/gd/documents/stdok/016810.pdf

Daten

STATISTIK AUSTRIA; EU SILK Mikrodatensatz 2006

EU Kommission, Economic and Financial Affairs, AMECO Database,
http://ec.europa.eu/economy_finance/indicators/annual_macro_economic_database/ameco_contents.htm

Anhang 1. Zusammengefasste Statusgruppen.

Anhang 2. Bedingung für einen Rückgang der Varianz der Gesamteinkommen bei steigender Lohnquote

L	Lohnsumme
K	Summe der Kapitaleinkommen
Y	Gesamteinkommen = L+K
li	Lohneinkommen der i-ten Person
ki	Kapitaleinkommen der i-ten Person
yi	Gesamteinkommen der i-ten Person
L	Lohnquote= L/Y
li	Anteil des Lohneinkommens des i-ten Haushalts am gesamten Lohneinkommen li/L
ki	Anteil des Kapital- und Selbständigeneinkommens des i-ten Haushalts am gesamten Kapital und Selbständigeneinkommen ki/K

$$\text{var}(y_i) = Y^2 * [L^2 \text{var}(l_i) + (1-L)^2 * \text{var}(k_i) + L(1-L) * 2 * \text{cov}(l_i, k_i)]$$

$$\frac{d \text{var}(y_i)}{dL} = Y^2 * [2L \text{var}(l_i) + 2 * (1-L) * (-1) * \text{var}(k_i) + (1-2L) * 2 * \text{cov}(l_i, k_i)]$$

$$0 > Y^2 * 2 * [L \text{var}(l_i) - (1-L) * \text{var}(k_i) + ((1-L) - L) * \text{cov}(l_i, k_i)]$$

$$L \text{var}(l_i) > (1-L) * \text{var}(k_i) + (1-L) * \text{cov}(l_i, k_i) - L * \text{cov}(l_i, k_i)$$

$$L(\text{var}(l_i) + \text{cov}(l_i, k_i)) > (1-L) * (\text{var}(k_i) + \text{cov}(l_i, k_i))$$